

#StopAusterity

Die Petition

Der Ausbruch der Finanzkrise 2007 führte dazu, dass viele Staaten zur Rettung der Banken Notkredite aufnehmen mussten. Das Geld wurde knapp und die Zinsen stiegen. Damit gerieten einige EU Staaten in erhebliche wirtschaftliche Probleme bis hin zur Zahlungsunfähigkeit. Die gängige Antwort der maßgeblichen Institutionen und vieler ÖkonomInnen ist, dass diese Fehlentwicklung nur durch Lohnsenkungen und den Abbau von Sozialleistungen korrigiert werden kann. Die daraus entwickelte Lösung für die Wirtschaftskrise beruhte auf strengen Sparanforderungen und erhöhtem Druck auf Arbeitsmarkt und Sozialsysteme, die sich massiv zu Lasten der Lebensbedingungen der Menschen auswirken. Nach dem Credo "erst sparen, dann kaufen" wurde daher der Bevölkerung Europas ein strenges Spardiktat aufgezwungen, das keinerlei Raum für wirtschaftliche Impulse durch öffentliche Investition lässt und so die akuten Folgen der Finanzkrise weiter verschärft.

Die Vorstellung, dass die Menschen über ihren Verhältnissen gelebt hätten, bestimmt also die wirtschaftspolitischen Leitlinien in der Krise. Deshalb wird von vielen Institutionen gefordert, die Staatsausgaben zu kürzen, sei es bei Pensionen, Löhnen und Gehältern oder Arbeitslosengeldern. Dieser Sparkurs führt in einen Strudel des ständigen Kürzens bei öffentlichen und privaten Ausgaben und somit zum Abbau der sozialen Absicherung. Das ist aber keine Lösung für die eigentlichen Probleme steigender Ungleichheit, unregulierter Finanzmärkte und nachhaltiger Konjunkturschwäche, sondern verstärkt die negativen sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Wir befinden uns auf dem neoliberalen Irrweg.

Wir fordern Lösungen, die die Wirtschaft nicht als Selbstzweck verstehen, sondern uns, den Menschen dienen.

Wir fordern daher

Wirtschaftspolitik koordinieren: Es braucht eine gemeinsame sozial verträgliche Wirtschaftspolitik für den europäischen Währungsraum. Zentraler Bestandteil ist dabei die Einführung eines demokratischen und europäischen Wirtschaftsfonds. Dieser soll die Lohn-, Geld- und Fiskalpolitik im Interesse der Menschen und nicht der Konzerne und Banken koordinieren, Schieflagen beseitigen und für eine gerechtere Verteilung in Europa sorgen. Das bringt Wohlstand für mehr Menschen.

Bankensystem umbauen: Banken müssen wieder den Menschen dienen. Daher müssen Geschäfts- und Investmentbereiche getrennt werden. So können Banken wieder ihrer Kernaufgabe nachkommen – Einlagen einsammeln und Kredite vergeben. Arbeiten Banken schlecht, müssen sie auch geordnet in Konkurs gehen können, damit sie nicht auf Kosten der Allgemeinheit gerettet werden müssen.

Eurobonds einführen: Eurobonds einzuführen heißt, dass die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen zur Staatsfinanzierung ausgeben und dafür auch gemeinsam haften. Dadurch wird das Zinsniveau auf Staatsanleihen sinken und die Finanzierung von Staaten und öffentlichen Projekten erleichtert. Die gemeinsame Haftung stärkt die Position gegenüber den Finanzmärkten und nimmt auch den Ratingagenturen ihren Einfluss.

Finanzmärkte regulieren: Für die Finanzmärkte braucht es klare Regeln, um die enorme Komplexität zu reduzieren. Dafür gilt es Finanzprodukte und Geschäftsmodelle die die Stabilität des Finanzsystems gefährden, zu kontrollieren oder zu verbieten. Das Finanzsystem muss wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden.

Finanztransaktionssteuer einführen: Eine Finanztransaktionssteuer versieht jeden Kauf und Verkauf auf dem Finanzmarkt mit einem prozentualen Aufschlag. Kurzfristiges und spekulatives Handeln an den Finanzmärkten wird dadurch unattraktiv. Das führt zu mehr Investitionen in der Realwirtschaft und damit zu mehr Beschäftigung sowie zusätzlichen Einnahmen für die Staaten.

Gerechte Verteilung sicherstellen: Gerechtere Verteilung bedeutet, unnützes Kapital aus dem Finanzkapitalismus wieder in die Realwirtschaft umzulenken. Dadurch wird die Finanzierung von öffentlichen Gütern - von der Bildung bis zur Krankenversorgung - gesichert. Die Menschen können also an jenem Mehrwert teilhaben, den sie schlussendlich selbst erarbeitet haben.

Wir fordern also einen Bruch mit der neoliberalen Spar- und Spekulationspolitik. Wir fordern ein Europa des sozialen Ausgleichs und der Perspektiven. Wir fordern #StopAusterity!